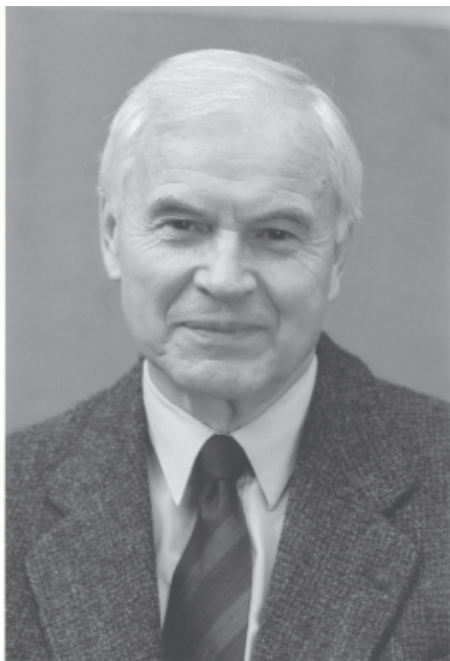


Hans Modrow in Rostock



Ida Schillen war es gelungen, Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates unserer Partei, zu uns nach Rostock einzuladen. Nicht nur die Genossen waren in großer Erwartung, sondern es kamen auch zahlreiche Gäste am 07. Oktober ins Mehrgenerationenhaus Lütten Klein.

Unser Vorstand (Ida Schillen, Hans-Jürgen Donner und Merve Hähnel) nahm Hans Modrow in Empfang. Bei Kaffee und Kuchen informierte sich Genosse Modrow über die Wahlergebnisse in Lütten Klein, über die Stimmung und Vorhaben im Verband. Es war aber auch genügend Zeit, um durch ihn über die Arbeit im Vorstand der LINKEN sowie Ansichten zum Wahlkampf zu erfahren.

Vor der Gesamtmitgliederversammlung des Stadtteilverbandes gab es ein Wie-

dersehen mit vielen Genossen, die Hans Modrow persönlich aus ihrer politischen Arbeit kannten.

In seinen Ausführungen betonte Genosse Modrow, dass eine Nachbereitung der Wahl und eine innerparteiliche Verständigung dringendst notwendig seien. Diese Wahl stellt in der BRD eine Zäsur zu bisherigen Wahlergebnissen dar. Es fehlt der passende Partner der CDU. Für die nächste Zeit gibt es 3 Varianten: die große Koalition aus CDU und SPD; Rot-Rot-Grün, oder eine Neuwahl.

Bei einer Neuwahl besteht die Gefahr, dass die FDP wieder gewählt wird.

Genosse Modrow warnte vor dem Freudentaumel, dass wir die drittstärkste Kraft im Bundestag seien. Immerhin haben wir 1,4 Mio. Wählerstimmen verloren, davon über 360 000 an die AfD. Außerdem wäre die Opposition ohne Handhabe, wenn es zu einer großen Koalition kommt. Die LINKE braucht unbedingt Strategien, die diese verschiedenen Möglichkeiten berücksichtigen. Reine Parlamentsarbeit reicht nicht!



Während des Wahlkampfes haben viele Genossen resigniert festgestellt, dass die meisten Parteien nur von uns abgeschrieben hätten. Außerdem habe die CDU einen inhaltsleeren Wahlkampf geführt und nur mit ihrem „Zugpferd“ Bundeskanzlerin Frau Merkel gepunktet. Hans Modrow zeigte uns dagegen die 4 Hauptfelder der CDU im Wahlkampf auf:

1. Soziale Gerechtigkeit

Ohne die Berücksichtigung sozialer Probleme konnte diesmal keine Partei vor ihre Wähler treten. Die Stimmung in der BRD zeigt, dass wir den Mindestlohn brauchen, auch wenn die Problematik unterschiedlich diskutiert und behandelt wird.

2. Wer rettet die BRD vor der Krise?

Die Bundeskanzlerin konnte sich als die große Retterin darstellen.

Genosse Modrow warf einen Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise 1929. Wo hatte sie hingeführt? Zu Faschismus und Krieg. Er zeigte uns an Beispielen, dass es auch in der BRD in den letzten Jahren einen Rechtsruck gegeben hat (NPD, bezahlte V-Leute, NSU; Geheimdienste). Und Deutschland führt wieder Krieg in Afghanistan.

3. Die Führungsrolle in der EU
Deutschland hat sich zur ökonomischen Großmacht entwickelt, was im Moment die EU-Länder eher trennt als zusammenschmiedet.

Die BRD steht fest an der Seite der USA und die USA brauchen Deutschland. Denn ca. 40% der Bevölkerung in Russland, Indien, China, Südafrika und Brasilien bewerten die Welt anders als die USA.

Fortsetzung auf S. 3

In dieser Ausgabe

Seite 2: Editorial

Seite 3: Hans Modrow zu Gast

Seite 4: Landesbasiskonferenz

Seite 5: Landesparteitag

Seite 5-7: Bundestagswahl

Seite 8: Lesung / Abhörskandal

Seite 9: Buchvorstellung

Seite 10 : Regieren?

Seite 11 : Kerstin Kassner

Seite 12-13: Plattdeutsch

Seite 14 : Forschende Frau

Seite 15 : Parteivorstand

Seite 16 : Campustag

Die Landesarbeitsgemeinschaft Innerparteiliche Kommunikation rief dazu auf, in Teterow eine Landesbasiskonferenz abzuhalten. Viele Menschen kamen, es wurde ein großer Erfolg. Ein Bericht für die Nachwelt wäre auch nicht schlecht gewesen, aber dafür mussten wir an „Basismitglied“ Wolfgang Methling herantreten. Zuverlässig wie immer kam er unserer Bitte nach – das Ergebnis lest bitte selber in dieser aktuellen Ausgabe des Klartext. In der nächsten Ausgabe im Dezember könnt Ihr eine ausführliche Auswertung des Landesparteitages in Greifswald erwarten.

Gleich auf Seite 1 habt Ihr sicherlich schon den Bericht über die Veranstaltung mit Hans Modrow gelesen. Andere Veranstaltungen waren ähnlich gut besucht oder hätten deutlich mehr Gäste verdient gehabt. Ihr findet in dieser Ausgabe einige Einladungen zu weiteren interessanten Veranstaltungen; einige von ihnen verlangen von Euch tatsächlich

etwas gedankliche Vorbereitung und die Bereitschaft, sich aktiv einzubringen. Ich denke da an die Ideenwerkstatt zum Kommunalwahlprogramm (Seite 10 unten).

Auf zweieinhalb Seiten werden wir noch einmal die Bundestagswahl auswerten. Irgendwie müssen wir die Seiten ja füllen. Vielleicht ist das ein Ansporn für Euch, einmal selbst zur Feder zu greifen und der Klartext-Redaktion ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk in Form eines Artikels darzubringen.

Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünschen Euch wie immer Carsten Penzlin und die Redaktion.



KLARTEXT online

Genossenschaften als Kulturerbe und Zukunft im ländlichen Raum

Der agrarpolitische Sprecher der Linksfraktion, Prof. Dr. Fritz Tack, begrüßt den Antrag der Schulze-Delitzsch-Gesellschaft sowie der Raiffeisen-Gesellschaft, die Genossenschaftsidee als immaterielles Kulturerbe der Unesco anerkennen zu lassen.

„Damit würde auch das Wirken der mehr als 150 Agrargenossenschaften in MV besonders anerkannt und gewürdigt“, erklärte Tack in Schwerin. Die Genossenschaften seien mehr als nur mittelständische Landwirtschaftsbetriebe, denn sie übernehmen in den zumeist schwach strukturierten ländlichen Räumen auch wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben. „Sie haben nicht nur eine breit aufgestellte Produktionsstruktur, die beispielsweise für eine Vielfalt auf dem Acker und für eine überdurchschnittliche Beschäftigtenzahl sorgt, sondern engagieren sich auch für das Gemeinwesen in ihren Dörfern“, sagte Tack. Genossenschaften fühlten sich eben nicht in erster

Linie der reinen Gewinnmaximierung verpflichtet. „Sie sind vielmehr Zusammenschlüsse von Landwirten und bäuerlichen Familien, die nachhaltige Landwirtschaft gemeinsam betreiben wollen.“

„Auch deshalb erwarte ich von der Konferenz der ostdeutschen Agrarminister in Magdeburg, dass die nationale Umsetzung der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) nicht noch stärker zu Lasten der ostdeutschen Mehrfamilienbetriebe wie der Agrargenossenschaften gehen wird“, betonte Tack.



V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-landkreis-rostock.de.

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Peter Möller, Peter Hörnig,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Carsten Penzlin

Druckerei Weidner GmbH
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Hans Modrow in Rostock - Fortsetzung von S. 1

4. Die Erinnerungskultur

Genosse Modrow zeigte an einem Beispiel, wie versucht wird, die Geschichte immer wieder einseitig zu bewerten. Es gab eine Vorlage im Bundestag, die herausarbeiten sollte, welchen Stand die Aufarbeitung der „SED-Diktatur“ habe. Festgestellt wurde, dass es nicht reiche und besonders in den Schulen mehr dazu getan werden müsse. In diesem Zusammenhang erwähnte Hans Modrow auch die Aufdeckung zu den Doping-Vorfällen in der alten BRD und den Umgang mit diesen Informationen.



Unsere Partei muss die weitere Nachbereitung der Wahlen sehr gründlich durchführen und dabei einige Fragen beantworten:

- Welchen Platz hat die LINKE in der Gesellschaft?
- Wie wollen wir ihn ausfüllen?
- Wie sind die linken Kräfte in Europa auf-

gestellt? (Die Parteistrukturen sind in Bewegung. Wie wird sich z.B. die AfD in die Europa-Wahl einbringen?)

- Was ist erforderlich, um mehr Stimmen im Westen zu bekommen?
- Was müssen wir tun, damit der Stimmen-Anteil im Osten nicht weiter abschmilzt?

Zum Schluss seiner Ausführungen gab uns Genosse Modrow einen Tipp, wie wir aus dem Einigungsvertrag selbstbewusster Inhalte einklagen könnten, die die Medien natürlich außen vor lassen. Dort gibt es folgenden Passus: „...trotz langer Teilung hat auch die DDR einen Beitrag zur Nationalkultur und zur Weltkultur geleistet.“

Nach dem Vortrag nutzten viele Genossen und Gäste die Gelegenheit, Meinungen zu äußern, Fragen zu stellen oder ihre Sicht auf den Wahlkampf oder die Ergebnisse darzustellen. Gefordert wurde z.B., wieder mehr Theorie in den Basisorganisationen zu vermitteln, damit die gesellschaftlichen Zusammenhänge zwischen Kapital und Profitmaximierung sowie deren Auswirkungen auf unser Leben besser verstanden werden. Einige Genossen lehnten die Plakatierung zu den Wahlen ab. Die weitere Diskussion ergab, dass Plakatieren zur deutschen Wahlkultur gehört. Sollten unsere Plakate

fehlen, würde die LINKE als nicht mehr existent gelten.

Kritisiert wurde von Einigen, dass sich Spitzenpolitiker unserer Partei bei der SPD anbieten. Genosse Modrow erzählte darauf hin von seinen Jahren als 1. Sekretär der BL der SED in Dresden. Er hatte damals viele Gespräche mit Politikern der SPD, so z.B. mit Björn Engholm. Willi Brandt, Oskar Lafontaine und Egon Bahr. Sie hatten oft sehr intensiven Meinungsaustausch. Wir sollten durchaus miteinander sprechen, weil es etliche Berührungspunkte gibt. Die SPD redet jetzt auf 3 Ebenen. Was passiert, wenn die Mitglieder nicht mit ihrer Führung mitgehen?

Neben vielen anderen Fragen äußerte sich Hans Modrow zu den Mitgliedern unserer Partei in Ost- und Westdeutschland. Er machte deutlich, dass wir nicht alle in derselben Partei sind. Die LINKE ist eine neue Partei. Während wir Mitglieder im Osten meistens über den Weg SED-PDS in die LINKE gekommen sind, haben im Westen die Mitglieder diese Entwicklung nicht kennen gelernt.

Genosse Modrow gab uns noch mit auf den Weg, deutlichere Aussagen zu finden, dass wir auch eine Partei der Jugend sind. Was haben wir ihnen zu bieten?

Viele Genossen verabschiedeten sich persönlich von Hans Modrow und immer wieder war zu hören: „Komm’ möglichst bald wieder zu uns!“

Merve Hähnel

Axel Troost kommt nach Rostock



Liebe Genossinnen und Genossen,

DIE LINKE. Hansestadt Rostock lädt zu einer öffentlichen Vortragsveranstaltung ein.

Dr. Axel Troost, stellv. Vorsitzender der Partei DIE LINKE und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, wird zu dem Thema **„Deutsche und europäische Finanzpolitik aus Sicht der LINKEN“** sprechen.

Termin: Montag den 11. November 2013, 15:00 Uhr (Ende der Veranstaltung gegen 17:00 Uhr)

Ort: Volkssolidarität, Bremer Straße 24, 18057 Rostock

Bringt bitte Freunde, Bekannte, Sympathisantinnen und Sympathisanten mit, sie sind uns herzlichst willkommen.

Mit solidarischen Grüßen
Kerstin Liebich & Wolfgang Methling



Eindrücke von der Landesbasiskonferenz am 12. Oktober in Teterow



Die LAG Innerparteiliche Kommunikation hatte wieder zu einer Basiskonferenz unseres Landesverbandes, diesmal zur Auswertung der Bundestagswahl 2013, eingeladen und viele kamen. Aus Rostock waren u.a. Ralf Malachowski, Ralf Orthmann, Klaus Ledebuhr, Sandro Smolka, Jörn Schulz und ich dabei. Ich nahm in meinem Auto Ralf Orthmann mit. Wir mussten auch in Teterow feststellen, dass manchmal Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer schwer zu gewährleisten ist. Aber schließlich ging alles gut.

Die Auswertung der Bundestagswahl begann mit dem Gastbeitrag von Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Genosse Kahrs hatte auch schon 2005 und 2009 an der Auswertung der Bundestagswahl für und durch den Parteivorstand mitgewirkt. Er präsentierte uns außerordentlich interessante Analysen der Wahlergebnisse auf Bundesebene, in den Ländern und in den Wahlkreisen. Er bestätigte unsere Einschätzungen, dass DIE LINKE in Ost und West angesichts der noch vor zwei Jahren schlechten Verfasstheit und öffentlichen Ausstrahlung der Partei mit 8,6 % Zweitstimmenanteil und 64 Mandaten im Deutschen Bundestag sehr respektable, gute, teilweise sogar sehr gute Ergebnisse erzielt hatte. Gemessen an den Ergebnissen im Jahr 2009 haben wir jedoch erhebliche Wählerverluste hinnehmen müssen. Auch wenn das Wahlergebnis von 2009 (11,9 %) eher außergewöhnlich gut war und die äußeren Bedingungen grundsätzlich anders waren, bleibt nüchtern festzustellen, dass wir unser Wählerpotenzial 2013 nicht ausschöpfen konnten. Besonders im Bereich der Jugendlichen haben wir nur unterdurchschnittlichen Wählerzuspruch erreicht. Für viele überraschend sind auch die ver-

gleichsweise schlechteren Wahlergebnisse bei Wählerinnen und Wählern über 70 Jahre und bei Frauen. Horst Kahrs forderte deshalb, dass wir bei unseren Wahlanalysen auf Bundesebene, in den Ländern und Kreisen daraus Schlussfolgerungen für den zielgruppenspezifischen Wahlkampf bei den nächsten Wahlen ziehen. Er warnte vor Vereinfachungen und forderte differenzierte

Auswertungen unter Berücksichtigung der eigenen Schwächen und Stärken sowie der Stärken und Schwächen der Konkurrenten in den Wahlkreisen.

Unsere Landesvorsitzende Heidrun Bluhm ergänzte die Ausführungen von Horst Kahrs mit der Bewertung der Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern, wo wir mit 21,5 % deutlich unter dem Ergebnis von 2009 (29 %) blieben. Die Gründe sah sie vor allem in der zeitweise unattraktiven Ausstrahlung der Gesamtpartei und der Landespartei sowie dem vollständig auf die Bundeskanzlerin ausgerichteten Wahlkampf der CDU. Mit diesem Kanzlerwind im Rücken gewannen alle Direktkandidatinnen und -kandidaten der CDU die Bundestagsmandate, auch in unserer Hochburg Rostock.

Ich habe auf der Basiskonferenz unser Rostocker Wahlergebnis bewertet und von unserem grandiosen Wahlkampf in der Hansestadt und in zum Wahlkreis gehörenden Gemeinden berichtet. Damit haben wir wesentlich zu dem relativ guten Gesamtergebnis beigetragen. Im Stadtgebiet haben wir 24,8 % der Zweitstimmen und 32,4 % der Erststimmen geholt, aber der Zweitstimmenvorteil der CDU (im gesamten Wahlkreis 37,9 %, in Rostock 35,3 %) war auch mit unserem hervorragenden

Wahlkampf nicht auszugleichen. Steffen Bockhahn lag mit seinem Erststimmenergebnis in Rostock 8 % über der Partei, im Wahlkreis um 7 % höher. Das konnte nur mit einem bisher beispiellos guten, engagierten, motivierten und motivierenden Mitmach-Wahlkampf des Kreisverbandes erreicht werden. Wir sind traurig, dass es nicht ganz gereicht hat, sind aber hoch motiviert für die nächsten Wahlkämpfe (Europawahl und Kommunalwahl am 25. Mai 2014). Wir haben sicher nicht alles richtig gemacht. Auch wir müssen unsere ganz spezifischen Schlussfolgerungen für einen erfolgreichen Wahlkampf ziehen. Dazu gehört auch, dass es nicht mehr vorkommen darf, dass einzelne Genossinnen und Genossen, z. T. in verantwortlichen Positionen in der Partei, sich fast demonstrativ nicht am Wahlkampf beteiligen und sogar aufrufen, unseren Kandidaten nicht zu wählen.

Ich habe mich gefreut, dass auch unsere Genossen Ralf Malachowski und Ralf Orthmann sich mit Diskussionsbeiträgen aktiv an der Basiskonferenz beteiligt haben. Unser Kreisverband hat somit zum Gelingen der Basiskonferenz beigetragen. Diese Basiskonferenz wird sicher nicht nur bei mir in guter Erinnerung bleiben. Der LAG Innerparteiliche Kommunikation gebührt Dank für diese erneute Initiative zu einer Basiskonferenz. Sie verlief diesmal von fast allen Beteiligten mit großer Sachlichkeit und Toleranz. Negativ aufgefallen war mir nur ein Genosse, der für DIE LINKE die Abkürzung PDL benutzte, die nach meiner Erfahrung nur Linke verwenden, die in großer kritischer Distanz zur LINKEN stehen.

Alles in allem: diese Basiskonferenz war eine Ermutigung für weitere Konferenzen, auf denen die Basis das Wort ergreift.

Wolfgang Methling



Landesparteitag in Greifswald

Am 23./24.11. findet in Greifswald (Anklamer Str. 106) die 1. Tagung des 4. Landesparteitages der Partei DIE LINKE statt. Neben Beschlüssen zu aktuell-politischen Fragen und gegebenenfalls zu Satzungsänderungen werden auf dieser Tagung der Landesvorstand (18 Personen), die Landesschiedskommission (6), die Landesfinanzrevisionskommission (5) sowie die Mitglieder des Bundesausschusses aus Mecklenburg-Vorpommern (4) neu gewählt.

Fahrt hin!!!

Der Kreisvorstand Rostock bringt auf dem Parteitag den folgenden Antrag ein:

Regionale Wirtschaft stärken, Aufträge im Land vergeben

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern vergibt Aufträge zur Beschaffung von Materi-

alien aller Art ausschließlich an Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern. Ausnahmen werden nur dann gemacht, wenn sich das Unternehmen vollständig oder teilweise im Eigentum der Partei DIE LINKE oder einer der Partei gehörenden Firma befindet, mit der Bundespartei oder anderen Landesverbänden gemeinsam beauftragt wird oder die Leistung in Mecklenburg-Vorpommern nicht durch ein einheimisches Unternehmen angeboten wird.

DIE LINKE arbeitet nur mit solchen Unternehmen zusammen, die sich durch ökologisch vorbildliche Arbeitsweise auszeichnen, tarifgebunden sind oder ihre Angestellten wenigstens in der Höhe des von der Partei geforderten gesetzlichen Mindestlohnes vergüten.

Von der Landtagsfraktion erwartet der Landesparteitag, sich ebenfalls an diese Vorgaben zu halten.

Abweichungen von dieser Vorgabe sind dem Landesparteitag auf seiner jeweils nächsten Sitzung schriftlich zu begründen.

Begründung:

DIE LINKE setzt sich bundesweit für die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein. Dies hat ökologische und ökonomische Gründe, die bereits vielfach diskutiert und vorgetragen sind. Mehrfach wurden dennoch in den vergangenen Monaten Aufträge an Unternehmen außerhalb unseres Landes vergeben, ohne dass es dafür eine echte Notwendigkeit gegeben hätte. Dem soll für die Zukunft durch diese Beschlussfassung vorgebeugt werden. Zudem stärkt es die Glaubwürdigkeit der Partei, wenn sie sich an die eigenen politischen Forderungen hält.

Auswertung der Bundestagswahl

Im Folgenden dokumentiert der Klartext Auszüge aus der „Analyse der Wahlen zum Bundestag in Mecklenburg-Vorpommern 2013 sowie der Landratswahl im Landkreis Rostock“, herausgegeben vom Landesvorstand.

In Mecklenburg-Vorpommern erreichte die CDU mit 42,5% etwas mehr als ihren Bundesdurchschnitt (41,5%) und deutlich mehr als den Mittelwert der neuen Bundesländer (37,9%). Das liegt sicher zumindest teilweise darin begründet, dass die Kanzlerin ihren „Heimatswahlkreis“ in MV hat. Andererseits muss auch die Schwäche der anderen Parteien in Betracht gezogen werden.

Die CDU konnte ihr Landesergebnis im Gegensatz zu 2009 fast um 10% verbessern. Die SPD legte lediglich 1,2%-Punkte dazu. DIE LINKE kam von einem Ausnahmewert von 29% und landet nun bei 21,5% im Land. Das sind 7,5% Verlust. Die selbstgesteckten Wahlziele des Landesverbandes „20% +x“ und „vor der SPD“ konnten somit erreicht werden. Das dritte Ziel, die Verteidigung des Direktmandats im Wahlkreis 14, konnte dagegen nicht erreicht werden. Die FDP rutschte von 9,8% auf 2,2%, Die Grünen von 5,5% auf 4,3%. Die AfD schaffte immerhin 5,6%. Die Wahlbeteiligung stieg nur leicht von 63% in 2009 auf 65,4% in 2013.

Vor dem Hintergrund des Neuzuschnitts

der Wahlkreise in Mecklenburg-Vorpommern (2009: 7 Wahlkreise, 2013: 6 Wahlkreise) und des neuen Wahlrechts zur Bundestagswahl, hat Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ergebnis der Wahl einen Sitz im Bundestag eingebüßt. Statt bisher 14 Abgeordneten aus M-V, werden es zukünftig nur noch 13 sein. Die CDU stellt davon unverändert 6 Bundestagsmitglieder, DIE LINKE 3 statt 4, die SPD 3 statt bisher 2. Die Grünen entsenden auch in den 18. Deutschen Bundestag einen Abgeordneten aus M-V. Die FDP ist natürlich nicht mehr vertreten.

In allen Wahlkreisen in MV dominierte die CDU. Einzig im Wahlkreis 14 errang Steffen Bockhahn ein Achtungsergebnis für DIE LINKE. Kandidaten der LINKEN, die 2009 nur knapp auf den zweiten Platz verwiesen wurden, lagen diesmal deutlich hinter den CDU-Konkurrenten. Hier muss allerdings überall der Neuzuschnitt der Wahlkreise als Unwägbarkeit beachtet werden.

Im Wahlkreis 12 verwies SPD-Kandidat Hans-Joachim Hacker Dietmar Bartsch gar auf den dritten Rang, wobei der LINKE-Kandidat 2009 noch knapp hinter CDU-Mann Dietrich Monstadt landete. Im Wahlkreis 13 konnte Martina Bunge den SPD-Kandidaten Frank Junge auf den dritten Platz verweisen. Allerdings lag zwischen beiden nur 0,1%-Punkte Unterschied. Steffen Bockhahn trennten am Ende 4,3%-Punkte

vom Wahlkreisgewinner Peter Stein (CDU). Doch beim Zweitstimmenergebnis profitierte DIE LINKE von Steffen Bockhahns Popularität. Im Wahlkreis 14 kam die Partei auf 23,7% und damit 2,2%-Punkte über dem Landesschnitt.

Gewohnt schwächer schnitt die SPD im Ostteil des Landes zugunsten von CDU und LINKEN ab. Übertrendend steht Kanzlerin Merkel mit 56,2% der Erststimmen im Wahlkreis 15 da. Die anderen Kandidat_innen erhielten entsprechend weniger Stimmen. Im Wahlkreis 16 und 17 erreichten Torsten Koplun und Heidrun Bluhm gute zweite Plätze und konnten die SPD mit einigem Abstand hinter sich lassen.

Über die Erststimme holte die CDU sechs Mandate im Land sie gewann damit alle Wahlkreise. Bis auf den Wahlkreis 14 dominierten die CDU-Kandidat_innen deutlich die Erststimmenergebnisse. Außer im Wahlkreis 12 belegten die Kandidat_innen der LINKEN jeweils den zweiten Platz.

Im Wahlkreis 14 erreichte Steffen Bockhahn ein achtbares Ergebnis von 30,7% und damit 7%-Punkte mehr als DIE LINKE bei der Zweitstimme. Sein Konkurrent von der CDU erreichte 35% der Erststimmen und lag damit deutlich unter dem Ergebnis seiner Partei (37,9% Zweitstimmen) im Wahlkreis. Deutlich ist hier der Unterschied zwischen der Stadt Rostock und ...

Fortsetzung auf S. 6



Wahlauswertung (Fortsetzung von S. 5)

... dem Teil des Wahlkreises 14, der im Landkreis Rostock liegt. In der Hansestadt konnte Steffen Bockhahn viele Wahlkreise für sich entscheiden. Im ländlichen Raum lag jedoch meist der CDU-Herausforderer vorn. Liegen die Zweitstimmenverluste nur leicht unter dem Landesmittel, so verlor Steffen Bockhahn bei den Erststimmen kaum. Die besondere Unterstützung durch die Bundespartei war somit gerechtfertigt. Eine Fokussierung auf diesen Wahlkreis sollte auch bei der nächsten Bundestagswahl in Betracht gezogen werden. Viel hängt jedoch davon ab, inwieweit der Kandidat bis dahin sein Renomee erhalten kann.

Auch im Vergleich mit den anderen im Jahr 2009 gewonnen Wahlkreisen schneidet der Wahlkreis 14 sehr gut ab. Einzig der Wahlkreis 76/Berlin-Pankow mit dem Kandidaten Stefan Liebich konnte besser abschneiden. Der Kandidat gewann 3,9%-Punkte hinzu.

Der Vergleich der Ergebnisse in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes macht die politischen Kräfteverhältnisse deutlicher als der Vergleich der Wahlkreise. Von vorherigen Wahlen bekannt ist die Schwäche der CDU in den großen Städten und ihre Stärke in den ländlichen Regionen. Auch bei der Bundestagswahl 2013 schnitt sie in Schwerin und in Rostock deutlich schlechter als in den Landkreisen ab. Umgekehrt proportional verhielt es sich meist mit den Ergebnissen der LINKEN. Für die größte Stadt des Landes, Rostock, hat sich dies auch diesmal bestätigt. In Schwerin, der zweitgrößten Stadt, erreicht DIE LINKE immerhin noch 22,2% (Landesschnitt 21,5%), liegt aber im Kreis Mecklenburgische Seenplatte mit 22,7% noch darüber. Allerdings ist in diesen Kreis auch die drittgrößte Stadt des Landes, Neubrandenburg, aufgegangen.

Die CDU ist im Osten des Landes noch stärker als im Westen. Dies galt meist auch für DIE LINKE - der Unterschied ist 2013 jedoch minimal. Deutlich schwächer im Osten ist jedoch die SPD, die dafür im Westen fast gleich auf mit der LINKEN ist. Die Grünen konnten wiederholt beim urbanen Klientel in Schwerin und Rostock punkten. Die NPD schneidet auffällig stark in Vorpommern-Greifswald ab. In Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald fährt die AfD ihre besten Ergebnisse ein.

Die Befragungen zeigen, dass die Personalisierung im Wahlkampf 2013 von großer Bedeutung war. Die Unionsvorsitzenden Seehofer und Merkel führen die Zufrieden-

heitsskala an. Darauf folgt das Zugpferd der LINKEN Gregor Gysi. Erst dahinter sind SPD-Spitzenkandidat Steinbrück und Grünen-Kandidat Trittin platziert. Abgeschlagen der Spitzenkandidat der FDP Rainer Brüderle.

Auch die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ist sehr aussagekräftig. Die Zufriedenheit trifft deutlich überproportional die Unionsparteien. Mit der FDP ist man dagegen sehr unzufrieden. Dies entspricht dem sehr guten Abschneiden von CDU/CSU am Wahlabend und dem desaströsen Ergebnis der Liberalen.

Schlussfolgerungen

Die CDU/CSU hat es vermocht, viele Wähler_innen von ihrer Regierungskompetenz zu überzeugen. Angela Merkel inszenierte sich geschickt als Krisenmanagerin und Retterin des Euro. Sie konnte das Gefühl vermitteln, dass es trotz Krise den Deutschen besser geht, als vielen europäischen Nachbarn. Auch eine Polarisierung zwischen Union und SPD bei dem teilweise unglücklich agierenden SPD-Kandidaten Peer Steinbrück spielte ihrer Partei in die Hände. Alle Fehler im Regierungshandeln hafteten scheinbar am kleinen Regierungspartner FDP, welcher zudem sein wichtigstes Ziel Steuern zu senken nicht durchsetzen konnte.

Die SPD konnte sich zwar leicht verbessern, dennoch ist ihr erklärtes Ziel, mit den Grünen eine Regierung zu wählen, in weiter Ferne geblieben. Trotz großen Wahlkampfeinsatzes konnte die „alte Garde“ der Schröder-Ära keine Wechselstimmung erzeugen. Die Abgrenzung zur Union auf der einen Seite und zur LINKEN auf der anderen Seite ist der SPD scheinbar nicht gelungen.

Die Grünen konnten ihre Erfolge im bürgerlichen Lager nicht fortsetzen. Die Ursachen sind auch hier nicht eindimensional. Die „Kettung“ an die SPD erschien zu Ende des Wahlkampfes immer unrealistischer. Steuererhöhung und Bevormundungspolitik (Veggie-Day) boten eine breite Flanke für Angriffe aus dem bürgerlichen Lager. Hinzu kam die Debatte um frühere Positionen zum Thema Pädophilie.

Der AfD ist es gelungen, viele Protestwähler für sich zu gewinnen. Sei es aus Protest gegen die vorherrschende Politik bei der Euro-Rettung, bei der Asylpolitik oder bei der Mindestlohndebatte.

DIE LINKE konnte nach internen Querelen

Vertrauen zurückgewinnen und zeigte im Wahlkampf Geschlossenheit. Sie konnte am Ende drittstärkste Kraft im Bundestag werden. Im Westen kam sie über 5% - im Osten konnte sie allerdings die sensationellen Ergebnisse von 2009 nicht wiederholen. Der Spitzenkandidat Gregor Gysi vertrat die Positionen seiner Partei sehr erfolgreich auf Wahlkampfveranstaltungen oder in zahlreichen Fernsehsendungen und im Internet. Die ansonsten oft fehlende Widerspiegelung der Positionen in den Medien konnte nur über neue Medien, über Straßenwahlkampf und das aufwendige Verteilen von Druckerzeugnissen ausgeglichen werden.

Zudem scheint die klare Positionierung bei den Themen Frieden und soziale Gerechtigkeit weiter für DIE LINKE zu sprechen. Die zunehmende Personalisierung und die große Beliebtheit von Gregor Gysi trugen zum soliden Abschneiden der LINKEN bundesweit bei. Die Bestimmung von acht Spitzenkandidaten widerspricht dieser Logik. Es war nicht wahrnehmbar, dass alle acht Kandidaten medial ähnlich oft auftraten.

Unser Wahlkampf im Landesverband hat soweit gefruchtet, dass wir zwei unserer drei Wahlziele (20%+ X“ und „stärker als die SPD“) erreichen konnten. Das dritte Ziel, die Verteidigung des Direktmandates im Wahlkreis 14, wurde leider nicht erreicht. Doch auch alle anderen Direktmandate außerhalb Berlins gingen der LINKEN verloren. Zu stark war der Sog der Kanzlerin auch auf die Unions-Direktkandidaten. Die Briefwahlkampagne (Türanhänger) sollte unbedingt auch zukünftig genutzt am besten sogar ausgebaut werden. Immer mehr Menschen entscheiden sich für diese bequeme Art der Stimmabgabe. Die landesweite Wahlkampfleitung durch das Wahlbüro funktionierte gut. Aus dem Wahlbüro wurde zudem ein Wahlkampfstab berufen, der alle kurzfristigen und oft auch arbeitsintensiven Fragen entschied. Die Zusammenkünfte des Wahlbüros/-stabes, der Geschäftsführer_innen gewährleisteten eine schnelle inhaltliche und organisatorische Abstimmung. Auch der kurze Draht zu allen Kandidat_innen war gegeben und erleichterte die Organisation von Terminen oder der Beantwortung von Wahlprüfsteinen.

Fortsetzung auf S. 7

Wahlauswertung (Fortsetzung von S. 6)

Sehr gut angekommen ist die Wahlzeitung mit den landeseigenen Innenteil. Die angeforderten Stückzahlen wurden zum Ende des Wahlkampfes vielerorts als zu knapp eingeschätzt, obwohl der Aufwand bei der Verteilung hoch ist. Hier konnten jedoch viele Wahlkämpfer_innen in den letzten Wochen mobilisiert werden. Weiße Flecken konnten so auch mit Briefkastenwerbung versorgt werden.

Hinzu kam der Bürgerbrief, der ebenfalls großflächig verteilt wurde und die Möglichkeit bot, ein aktuelles Thema zu besetzen. Merkwürdig abgenommen hat jedoch die Briefkastenwerbung der anderen Parteien. Wegen der weniger und älter werdenden Mitgliedschaft bleibt die Konzentration auf den „3-Wochen-Wahlkampf“ sinnvoll.

Unsere Plakatkampagne darf als gelungen eingeschätzt werden. Laien, wie auch Experten bescheinigten ein herausstechendes und klares Auftreten gegenüber den anderen Parteien. Auch die ergänzenden Personenplakate (A1 und Großflächen) und die Kandidatenflyer wurden als unerlässlich eingeschätzt. Die Großflächenplakate wurden als geeignetes Werbemedium eingeschätzt, was jedoch kostenintensiv ist. In zukünftigen Wahlkämpfen sollten dafür entsprechende Budgets eingeplant werden. Ein Wettkampf mit CDU und SPD ist hierbei allerdings nicht zu gewinnen. Umso mehr ist das herausstechende Design der Plakate von Bedeutung.

Die vielen Spätentschlossenen zeigen die Bedeutung von Aktionen im 48h-Wahlkampf, wie wir sie auch in diesem Wahlkampf durchgeführt haben. Das Verteilen von Tüten, Knöllchen und Ansprechen kurz vor der Wahl können Menschen bewegen. Ein engagiertes Auftreten unserer Kandidat_innen und aller Wahlkämpfer_innen hat die Partei bürgernah und erlebbar gemacht. DIE LINKE hat sich als Kümmerin und Vertreterin der sozialen Gerechtigkeit und der konsequenten Friedenspolitik profiliert. Als Anwältin der Ostinteressen versuchten jedoch andere Parteien verstärkt uns den Rang abzulaufen. Das unterdurchschnittliche Abschneiden bei den älteren Wähler_innen sollte ein Warnsignal sein. Der Internetwahlkampf darf in seiner Wirkung umstritten sein. Dennoch ist er eine kostengünstige Variante zur Wahlwerbung. Die Homepages unserer Bundestags(direkt)kandidaten entsprechen den Standards und waren meist aktuell. Die Profile auf facebook wurden unterschiedlich stark genutzt, gewinnen jedoch

an Bedeutung gegenüber den Homepages, welche man aktiv anklicken muss und die meist etwas später die Informationen liefern, als ein Post vom Smartphone.

Kandidatenrunden fanden im Vergleich zur Landtagswahl vermehrt statt und zogen oft auch mehr Publikum an. Allerdings bleibt der Kreis der „Empfänger“ sehr parteinah und damit beschränkt. Das vielfache Leerbleiben der CDU-Plätze hat sich jedenfalls nicht messbar im Wahlergebnis niedergeschlagen.

Ein koordinierter Jugendwahlkampf war leider auch zur Bundestagswahl 2013 ein Manko im Landesverband. Der Jugendverband hat zwar eine eigene ergänzende Wahlkampagne entwickelt, war jedoch bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht im Wahlkampf wahrnehmbar. Meist waren es einzelne junge Mitglieder, die sich an Wahlkampfaktivitäten der Partei beteiligten, sodass von einer Beteiligung des Jugendverbandes kaum die Rede sein kann. Die Schwäche bei Jungwähler_innen scheint verfestigt. Stete Angebote an Jugendliche zum politischen Engagement sollten Teil des politischen Konzepts des Landesverbandes werden. Hier gilt es, kreative Kommunikationsformen zu finden.

Die Landratswahl im Landkreis Rostock

Auch bei der einzigen Landratswahl im Landkreis Rostock schlug das CDU-Ergebnis durch. Katy Hoffmeister (CDU) erreichte 38% der Stimmen und muss damit gegen Sebastian Constien (SPD) in die Stichwahl, der 28,6% der Stimmen holte. Der Kandidat der LINKEN, Andreas Reinke fuhr ein respektables Ergebnis von 20,2% der Stimmen ein, obwohl er zuvor nicht kommunalpolitisch in Erscheinung getreten war.

Durch breite Unterstützung und fachliche Beratung aus dem Kreisverband, insbesondere der Kreistagsfraktion, konnte Andreas Reinke als ernst zu nehmender Kandidat bekannt gemacht werden.

Trotz der fast 10% Unterschied der CDU-Kandidatin und zum zweitplatzierten SPD-Kandidaten im ersten Wahlgang, konnte Sebastian Constien (SPD) die Stichwahl knapp für sich entscheiden. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 29% stimmten 50,7% für Constien und 49,3% für Hoffmeister.

DIE LINKE im Landkreis Rostock hatte für die Stichwahl des Landrates entschieden,

keine klare Wahlaussage an die LINKE-Wählerinnen und Wähler für einen der beiden Kandidaten zu treffen. In einer öffentlichen Debatte, die von den Printmedien sehr gut unterstützt wurde, wurden beide Kandidaten um Stellungnahme gebeten zu den politischen Schwerpunkten unseres Kandidaten Andreas Reinke, die für DIE LINKE im Wahlkampf im Mittelpunkt standen. Daraus resultierend ergab sich keine klare Positionierung für Sebastian Constien oder Katy Hoffmeister. Das Wahlergebnis jedoch zeigt, dass der prozentuale Vorsprung von Katy Hoffmeister bei der ersten Wahl in der Stichwahl vom SPD-Kandidaten aufgeholt werden konnte. Vermutlich war dies nur möglich, weil viele der LINKEN-Wählerinnen und -Wähler ihm ihre Stimme im zweiten Wahlgang gaben.



Buchlesung über „10 Rostocker Ströper“



Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Dr. Hikmat al-Sabty, DIE LINKE, fand am 17. Oktober eine Buchlesung über Kurt Kaisers Erzählung: „Zehn Rostocker Ströper - Jahrgang 1926“ statt. Es lasen vom plattdeutschen Verein „Klönssack-Rostocker 7“ Uwe Süßmilch, Thomas K. v.Widdern und Jürgen Wittmüß. Der unseren Le-

sern als Plattdeutschschreiber bekannte Autor schildert mit Text und Fotos die z.T. dramatischen Lebensgeschichten von Rostocker Jungen und Mädels des Jahrgangs 1926, die 1933 eingeschult wurden und eine nationalsozialistische Erziehung von Anfang an mitbekamen. Er suchte und fand Antworten auf die Fragen: „Was motiviert wen heute, sich mit den Zeichen des faschistischen Deutschlands, das so viel Leid über die Menschheit gebracht hat, zu identifizieren? Was hat die Gesellschaft, was haben Eltern versäumt, um Kindern und Jugendlichen mit eigenen Erfahrungen die Lehren der Vergangenheit überzeugend zu vermitteln?“

In der anschließenden Diskussion dieser überwiegend von älteren Bürgern (Genos-

sen) besuchten Veranstaltung (der Älteste war 92) wurde hervorgehoben, dass die Eltern, aber vor allem auch die Schulen, mehr zur Aufklärung tun müssten.

Das Buch, welches marginal jedes Kapitel der Jahre 1933 bis 1945 mit einer Geschichtsdaten-Seite einleitet (mit Quellenangabe) kann dabei eine gute Unterstützung sein.

Die Frage, wo das im Eigenverlag herausgegebene Buch zu erwerben sei, beantwortete der Autor mit dem Hinweis, dass er dieses 357 Seiten umfassende Werk der „Buchhandlung im Doberaner Hof“ ohne jegliche Honorarforderung, lediglich für den Druckpreis angeboten hat, die dankenswerter Weise es nur mit dem Versandpreiszuschlag für 7,90 Euro verkauft.

Auf dem Foto von links nach rechts: Hikmat al-Sabty, Jürgen Wittmüß, Vereinspräsident Uwe Süßmilch, Autor Kurt Kaiser, Thomas C. von Widdern.

„Die Kanzlerin ist eine von vielen“

Steffen Bockhahn vertritt DIE LINKE im Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestages zur Aufsicht der Geheimdienste, das am 24. Oktober wegen des abgehörten Handys der Kanzlerin zusammenkam. Er findet, dass die Bundesregierung bereits im Sommer aktiv hätte werden müssen, zweifelt, dass andere Staaten ihre Geheimdienstchefs in einen Untersuchungsausschuss des Bundestages entsenden, und fragt, ob die deutschen Geheimdienste bei der Spionageabwehr versagt haben.

Eigentlich war doch schon alles beendet. Ronald Pofalla hatte den Ausspähskandal der NSA im Sommer schon für beendet erklärt. Die amerikanischen und britischen Geheimdienste hätten versichert, sich in Deutschland an Recht und Gesetz zu halten. So hieß es damals. Der Vorwurf, der auf die Enthüllungen von Edward Snowden zurück geht, lautete, die Amerikaner und Briten würden millionenfach Emails und Telefonate auch von Deutschen ausspionieren, ohne einen Anlass zu haben. Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages hat dazu fast ein Dutzend Mal getagt und immer wieder auf Granit gebissen. Die Regierung aus Union und FDP wollte einfach nicht wissen, was da tatsächlich passiert.

Doch nun kam alles anders. Eine Presseanfrage an das Bundeskanzleramt brachte

einen großen Stein ins Rollen. Auf höchster Ebene wurde plötzlich zwischen der Bundesrepublik und der USA verhandelt, wurden Auskünfte eingeholt, wurde um Stellungnahmen gebeten. Und dann telefonierte die Kanzlerin selbst mit dem Präsidenten der USA. Mit dem Mann, dessen Freundschaft sie sich doch so sicher sein konnte, spätestens nachdem er das im Juni bei seinem Staatsbesuch in Berlin vor laufenden Kameras und hunderten geladenen Gästen sagte.

Und eigentlich war nicht mehr passiert, als das klar wurde: Die Kanzlerin ist eine von vielen. Auch ihr Handy wurde offenbar von der NSA abgehört. Das ist ganz schlechter Stil, zumal unter Freunden. Aber ist es wirklich ein Unterschied, ob millionenfach unbescholtene Bürgerinnen und Bürger ausgeforscht werden oder die Kanzlerin? Das Grundgesetz sagt Nein. Denn gemäß Artikel 3 sind alle Menschen gleich. Doch erst jetzt wird die Bundesregierung aktiv, wird deutlich gegenüber den USA und spielt alle Karten aus, die im Sommer längst fällig waren.

Was bleibt ist Ohnmacht. Dieses unangenehme Gefühl sich nicht wehren zu können. Wirklich überraschend sind die neuen Entwicklungen aber eigentlich nicht. Geheimdienste sind unmoralisch. Sie spitzeln, sie schnüffeln, sie verletzen Privat-

sphäre. Wer Geheimdienste nicht komplett ablehnt, muss damit leben, wenn sie das tun, wofür sie da sind. Gemacht wird, was möglich ist.

Bleibt die Frage, was das Parlament, was der Bundestag tun kann. Ich meine, ein Untersuchungsausschuss ist nicht hilfreich. Wir können uns eben nicht die Protokolle der Geheimdienste fremder Staaten in den Ausschuss holen. Es gibt keinen Anspruch darauf, dass andere Staaten ihre Geheimdienstchefs in unser Parlament schicken, damit die hier erzählen, was sie so alles tun.

Aber wir können im Parlament dafür sorgen, dass die Bundesregierung endlich auf internationaler Ebene mit ihren Partnern Klartext redet. Nicht nur wenn es um die Kanzlerin geht.

Ach ja. Und dann sind da noch die deutschen Geheimdienste. Deren Aufgabe ist es auch, uns vor Spionage zu schützen. Bisher haben sie gesagt, dass sie keine Erkenntnisse haben. In diesem Falle hätten sie ein weiteres Mal versagt. Das zu klären, dafür haben wir das PKGr und den Innenausschuss des Deutschen Bundestages.

Quelle: www.linksfraktion.de, 26. Oktober 2013

„Denken ist die erste Bürgerpflicht“



„Denken ist die erste Bürgerpflicht“: Das ist eine von Walter Ulbricht mehrfach geäußerte Aufforderung. Sie forderte zur Auseinandersetzung mit der aktuellen gesellschaftlichen Realität auf und war für ihn eine Grundlage seiner Entscheidungen. Anlässlich des 40. Todestages des Politikers stellte auf unserer RotFuchs-Veranstaltung im September Egon Krenz sein Buch über ihn vor: Es ist eine Sammlung von Aussagen durch Zeitzeugen und Wegbegleiter. Ziel des Buches ist die korrekte Darstellung von Walter Ulbricht und seinem Wirken im historischen Umfeld und das Ausräumen von Verfälschungen und Entstellungen.

Die derzeitige öffentliche Darstellung (nicht nur von W. Ulbricht) wird benutzt,

um auch noch nachträglich die DDR zu delegitimieren und damit das System der BRD zu rechtfertigen.

Manches gerät dabei zur ungewollten Selbstkarikatur. Doping im Sport zum Beispiel. Nach über 20 Jahren Verteufelung des DDR-

Sports stellt sich nun heraus dass es in der BRD nicht anders zugeht.

Nicht ganz so gut organisiert und vor allen Dingen nicht so erfolgreich (das war jetzt kein Statement pro Doping!).

Walter Ulbricht wird gern für die durch den „Mauerbau“ deutlich sichtbar gewordene Teilung des nach dem zweiten Weltkrieg verbliebenen Deutschlands verantwortlich gemacht. Die „Mauer“ war ja aber nur die Konsequenz der seit 1948 (separate Währungsreform im Westen) betriebenen Teilung des deutschen Staatsgebietes.

Auch in der Stalin-Note von 1952 heißt es: „die Demarkationslinie ist jetzt Grenze“. Die durch die Adenauer-Administration abgelehnte Initiative „Deutsche an einen

Tisch“ Ende der 50er Jahre war von Ulbricht initiiert und sozusagen der letzte große Versuch, das Potsdamer Abkommen zu verwirklichen, nämlich Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit als Ganzes zu erhalten. Wie realistisch diese Forderung zu dem Zeitpunkt war ist Ansichtssache, es war aber ein ehrliches Gesprächsangebot. Zu dieser Zeit setzte Adenauer auf die gewaltsame „Befreiung der Zoffjetzone“.

Am liebsten zitieren die Medien heute den Satz Walter Ulbrichts: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten...“. Zum einen ist das Zitat unvollständig, zum anderen hatte er diese Absicht wirklich nicht. Er wollte sichere Verhältnisse für die DDR, Möglichkeiten für ihre selbstständige Entwicklung ohne massive Störungen von außen. Die Absicht eine Mauer zu errichten erklärte Nikita Chruschtschow Anfang August auf einem Treffen der Führer der europäischen sozialistischen Länder zur Überraschung aller Anwesenden.

Um auf das Buch von Egon Krenz zurückzukommen: Ziel ist es, den zunehmenden Verfälschungen in der Auseinandersetzung mit der Geschichte entgegenzuwirken und einen Beitrag zu leisten zur kritischen Betrachtung dessen, was gern als Wahrheit verbreitet wird, denn: DENKEN IST DIE ERSTE BÜRGERPFLICHT!

Peter Möller

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt ein

Die argentinische Frente Popular Darío Santillán ist eine politisch und sozial tätige Organisation, die durch verschiedene Arbeitsschwerpunkte den Aufbau des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts voranbringen möchte. Mit ihrer föderal aufgebauten nationalen Organisationsstruktur arbeitet sie auch in verschiedenen internationalen Brigaden mit und ist Teil des lateinamerikanischen Projekts der Bolivarischen Allianz der Völker Unseres Amerika ALBA (Alba der Völker).

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt ein zu einem **Vortrag von Yanina Venier: Volkskämpfe und Organisation: Der Aufbau einer besseren Gesellschaft**, am Mittwoch, dem 6. 11., 18 Uhr, im Büro der Landesstiftung Mecklenburg-Vorpommern Augustenstraße 78 (Eingang Schröderstraße), 18055 Rostock.

Folgende Fragen werden diskutiert:

Wo liegen die Probleme und Herausforderungen, eine angemessene Strategie zu entwerfen und umzusetzen, um eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen?

Der Weg zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts als originärer Schöpfung führt über eine vorweggenommene Praxis sowie die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins und die Politisierung der so genannten unteren Klassen, die es uns erlaubt, schon heute an die erwünschte bessere Gesellschaft zu denken.

Die Philosophie des *buen vivir* fügt zudem einen weiteren Aspekt als Teil der Kritik des kapitalistischen Modells hinzu, das in seiner größten strukturellen Krise sein verheerendstes Gesicht zeigt: Plünderung, Ausbeutung und Vernichtung.

Yanina Venier ist Dozentin und diplomierte Erziehungswissenschaftlerin. Sie war und ist vor allem in der Erwachsenenbildung, insbesondere in der Bildungsarbeit in geschlossenen Einrichtungen (Gefängnissen) mit Männern, Frauen und Jugendlichen tätig. Sie ist für die Provinz Córdoba Mitglied des Nationalen Politischen Tisches der Frente, Mitarbeiterin in ihrer Abteilung für Internationale Beziehungen und argentinische Delegierte bei ALBA.



Regierungsbeteiligung - Ja oder Nein?

Bericht zur RotFuchs-Veranstaltung am 17. Oktober 2013



Als ich im Sommer 2013 mit dem Mitglied des Ältestenrates, Prof. Dr. Traudel Felde, diesen Termin für unsere RotFuchs-Bildungsveranstaltung im Oktober zum Thema Regierungsbeteiligung mit sozialistischen und kommunistischen Parteien wählte, ahnten wir noch nicht, welche Aktualität diese Thematik nach den Bundestagswahlen erreichen würde. Obwohl, und das sei an dieser Stelle schon einmal vorweg genommen, es in der langen internationalen Historie linker Parteien, diese Konstellation der Regierungsbeteiligung bereits mehrfach gegeben hat.

Gleich zu Beginn ihrer Ausführungen stellte unsere Referentin fest, dass an dieser Frage der Regierungsbeteiligung in Deutschland mit der Partei Die Linke (PDL) sich heraus kristallisiert, wohin diese Partei sich dann entwickelt, indem sie feststellte: „Es geht also auch bei der Frage des Mitregierens darum, die Grundrichtung linker Politik zu verfolgen. Sie befürchtet nicht ohne Grund, dass dann beim Mitregieren Kräfte in der Partei die Oberhand gewinnen, die eine reformierte Gesellschaft bestärken, aber keine andere Gesellschaft an sich. Genau das würde dem heutigen lin-

ken Programm der Partei widersprechen. Dort heißt es klar, so ihr Zitat aus dem Programm: „Sie seien anzustreben, wenn dadurch die Lebenslage der Menschen verbessert werden könne. Die Linke wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt, Kampfeinsätze der Bundeswehr zulässt, Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, Pri-

vatialisierung der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt“ (S.74,75). Das, wohlge-

merkt, sind Mindestanforderungen. Unsere Genossin Traudel Felde verwies in ihren Anmerkungen auch darauf, dass der Kampf um Regierungsbeteiligung seit 1990 immer wieder stark und kontrovers in der Partei diskutiert wird und der Kampf zwischen den Flügeln innerhalb der Partei jetzt erneut nach den Bundestagswahlen aufgeflammt ist. Den Anwesenden wurde an Hand von Aussagen der jeweiligen Vertreter der Flügel noch einmal deutlich in Erinnerung gerufen, wie kontrovers diese künftige politische Ausrichtung der Partei diskutiert wird und es derzeit noch nicht entschieden ist, wohin sich die Partei entwickelt. Sehr detailliert und immer mit entsprechenden Aussagen belegbar, nannte Traudel Felde die jeweiligen markanten inhaltlichen Aussagen der in der PDL vertretenen politischen Schwerpunkte. In ihrer Analyse ging sie auch auf die aktuellen Ereignisse in der neuen Bundestagsfraktion der Linken ein und kritisierte dabei zu Recht die nicht statutengerechte Wahl von Gregor Gysi zum alleinigen Fraktionsvorsitzenden, da im Statut eine quotierte Dop-

pelspitze vorgesehen ist.

Die insgesamt sehr interessanten Aussagen von Traudel Felde berührten ebenso die derzeitige Situation nach der Hessen-Wahl, eine Analyse zum Verhalten der Gewerkschaften und ging dann sehr genau auf jene Regierungsbeteiligungen in Europa ein, in denen sozialistische und kommunistische Parteien nach 1945 bereits entsprechende Erfahrungen gesammelt hatten. Ob in Finnland 1966, wo die KP Finnlands mit 20 % der Stimmen mit der Sozialdemokratie in eine Regierung ging, in Italien, Frankreich und zuletzt in Norwegen, wo man zwei Wahlperioden mitregierte. Letztendlich muss man leider einschätzen, dass die linken Kräfte in all diesen Ländern seit ihrer Regierungsbeteiligung gespalten worden und heute fast nicht mehr existent sind. Erstaunlich dabei ist auch zu beobachten, dass immer nach einer linksgerichteten Regierung, wie jetzt in Norwegen, die konservativen und stark rechtsextremen Kräfte enorme Stimmenzuwächse bei den Wahlen errangen. Es ist ohnehin in Europa derzeit ein Durchbruch rechtspopulistischer Kräfte zu beobachten und das nicht nur in Deutschland mit dem klaren Wahlsieg der CDU und dem Aufbegehren der AfD, auch in Norwegen und Österreich können, neben Ungarn, entsprechende Kräfte verstärkt ungestört agieren. Die anschließende Diskussion war nicht nur sehr aufschlussreich und rege, sie bestätigte zugleich die Erkenntnis, dass an diesem Thema an der Basis großer Rede- und Informationsbedarf besteht und deshalb können wir schon heute auf unsere Veranstaltung am 21. November 2013 verweisen, wo wir im zweiten Teil der Thematik mit Dr. Marianne Linke die praktischen Erfahrungen der Regierungsbeteiligung in MV diskutieren werden. Dazu möchten wir heute schon herzlichst einladen.

Carsten Hanke

Vorsitzender RG RotFuchs Rostock

Die Kommunalwahl steht vor der Tür

Liebe Genossinnen und Genossen, kaum haben wir den Bundestagswahlkampf hinter uns, schreitet auch schon die nächste Wahl mit großen Schritten auf uns zu. Im Mai 2014 wählen wir unsere Bürgerschaft neu und natürlich auch die Mitglieder unserer Fraktion. Doch bevor man über Köpfe redet, braucht es Inhalte. Wir möchten gemeinsam mit Euch zwei Veranstaltungen machen, die sich intensiv mit möglichen Inhalten für unser Kommunalwahlprogramm beschäftigen. Eure Ideen sind uns wichtig! Deshalb laden wir Euch herzlich ein, am 11. und am 28. November (je 17.00-

20.00 Uhr) mit uns in der Stephanstraße 17 Vorschläge zu sammeln und Inhalte zu diskutieren. Einen kleinen Imbiss bereiten wir für Euch vor. Wenn Ihr teilnehmen wollt, wäre es toll, sofern Ihr Euch anmelden könntet. Für die erste Runde am 11.11. bitten wir um eine Anmeldung bis zum 08.11. bei mir (kgf@dielinke-rostock.de oder 4920012). Für die zweite Veranstaltung am 28.11. bitten wir um Anmeldung bis zum 25.11. Wir freuen uns auf Eure Ideen.

Mit solidarischen Grüßen, Andreas Reinke

Den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet - Interview mit Kerstin Kassner



Kerstin Kassner, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag. Während der nächsten vier Jahre werden Sie in der Fraktion DIE LINKE die Interessen der Menschen vertreten. Was ist Ihnen dabei besonders wichtig?

Vielen Dank für die Glückwünsche. Ich bin richtig froh, dass ich jetzt konkret auf die Gesetzgebung Einfluss nehmen kann, die so viele Probleme für die Menschen in meiner Heimatregion geschaffen hat. Das sind vor allem soziale Probleme auf Grund hoher Arbeitslosigkeit und geringer Einkommen. Das ist aber auch die Finanzschwäche der Kommunen. Immer mehr wird privatisiert und alles wird immer teurer, wie Energie und Nahverkehr. Hier will ich in den nächsten Jahren Veränderungen

erreichen.

Welche konkreten Vorhaben wollen Sie in die politische Arbeit einbringen?

Meine konkreten Vorhaben sind zum einen die Veränderung von HartzIV zu einer bedarfsgerechten Unterstützung und langfristig Abschaffung dieser Grundsicherung durch andere Sicherungssysteme, wie zum Beispiel das bedingungslose Grundeinkommen. Ein weiterer Schwerpunkt wird das Um"Steuer"n zu Gunsten der Kommunen sein. Hier sind die Bürgerinnen und Bürger zu Hause, sie sollen sich wohlfühlen. Dazu bedarf es einer sicheren Daseinsvorsorge. Der gegenwärtig praktizierte Weg von Privatisierungen ist eine Sackgasse und belastet wieder vor allem Menschen mit kleinen Einkommen und Familien. Deshalb bin ich für eine kraftvolle kommunale Selbstgestaltung unter Einbeziehung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Das wird auch zu mehr Eigenverantwortung des Einzelnen führen und der sehr verbreiteten Politikverdrossenheit entgegenwirken.

Auf welche persönlichen Erfahrungen können Sie dabei zurückgreifen?

Mein politisches Leben ist besonders seit den politischen Veränderungen 1989/90 sehr aktiv. Ich war Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, danach elf Jahre im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Sehr lehrreich waren aber besonders die zehn Jahre als Landrätin der Insel Rügen

bis 2011. In den letzten zwei Jahren habe ich als Geschäftsführerin unseres Kommunalen Jobcenters gearbeitet. Hier habe ich die Auswirkungen des SGBII täglich erfahren - sowohl für die Betroffenen als auch für meine Mitarbeiter. Viele Jahre bin ich schon Kreisvorsitzende der PDS bzw. der LINKEN und in weiteren Vereinen ehrenamtlich tätig.

Ehrenamtliches Engagement spielt für Sie eine große Rolle. Was motiviert Sie dabei besonders?

Mir macht diese Arbeit viel Spass, weil man etwas bewegen kann mit Gleichgesinnten. Die Ergebnisse können sich sehen und fühlen lassen, so z.B. bei der Kulturstiftung Rügen, dem Prora-Zentrum e.V., dem Theaterförderverein oder der Schinkelgesellschaft Putgarten. Ich habe dabei so viel gelernt und erfahren. Dieses Zusammensein mit anderen beflügelt mich, gibt mir Kraft und Halt.

Politik ist in der Regel ein langwieriges Geschäft. Dennoch: Welche drei Dinge möchten Sie heute in vier Jahren erledigt sehen?

1. Keine deutschen Soldaten mehr in Auslandseinsätzen
2. Hartz IV ist reformiert
3. Die Kommunen haben wieder finanziellen Spielraum

Quelle: www.linksfraktion.de, 14.10.2014

Geburtstage im Landkreis

Geburtstage im November:

Friedrich Bergmann	BO XI Bad Doberan	80. Geburtstag
Uwe Breinlinger	BO Kammerhof Bad Doberan	55. Geburtstag
Ursula Dümmel	BO Amt Schwaan	84. Geburtstag
Eberhard Haida	BO Lambrechtshagen	70. Geburtstag
Gerda Jannasch	BO II Bad Doberan	94. Geburtstag
Karin Lindemann	BO Amt Rostocker Heide	55. Geburtstag
Helmut Poszus	BO Neubukow	82. Geburtstag
Liesbeth Roloff	BO Kühlungsborn	83. Geburtstag
Fred Stein	BO X Bad Doberan	83. Geburtstag
Leo Vielhauer	BO Graal-Müritz	94. Geburtstag
Ilse Winter	BO Neubukow	85. Geburtstag
Herta Woelki	BO XII Bad Doberan	85. Geburtstag
Walter Zube	BO Amt Rostocker Heide	75. Geburtstag
Gerhard Ückert	BO II Bad Doberan	83. Geburtstag



Ut uns Meckelnborger Geschicht ´mal ein ganz persönlighet Beläwnis

Nahdem ick hier all wat oewer de Ur- geschicht von uns Meckelnborg vertelt heff, mücht ick nu mien eigen Familiengeschicht bäten neger belüchten. Dor liggt mi de Tied, as miene Ur- und Grotvadders noch läwt hemm, siehr an ´n Harten. Se wiest uns, woans uns Vörföhren hiertauland för 150 Johr mit ehr Läwen taurecht kamen sünd.

An ´n 7. August 1866 wür von denn Ser- rahner Paster Plaß dat Schlott Kuchelmiß inweiht, dat Max Graf Hahn hett bugen laten. De Paster hät dor ´ne Räd hollen, de mienen Urgrotvadder doch siehr nah- denklich makte. He hett alls, wat mit de Ahnengeschicht von de Ritter un Grafen Hahn tausamen hüng, dorünner ok disse Prädigt, akurat sammelt. As Scheeper wier hei nämlich sön ´n Ort „Schriftgeliehrt“ för de Dörplüd.

Un nu wull mien Opa – dat wier 1936, as ick grad drei Johr tau Schaul güng - ok wat för mien Bildung dauhn. He har mi de „Fam- ilienchronik“ taun läsen oewergäwen. Ein poor Dach dornah fragte hei denn ok all, ob ik de Pasterräd läst har, un wull nu fuurts miene Meinung dortau hüren. Dat bröcht mi bannig in Verlügenheit un ik ver- söcht mi ruttautraden:

„Ik finn se ganz schön, Opa, besonnens wat dor oewer Gott steiht, oewer verstahn künn ´k trutzdäm noch nich alls.“

Dorup schien Opa blots täuft hemm, denn nu förrert hei mi up, em de bedrapene Stell ut de Räd tau wiesen, de ik angäwlich noch nich verstahn har. Üm Opa ein Freud tau maken, versöcht ik nu plattdüütsch vör- tauläsen, un dat, wat Paster Plaß duntomal prädigt hett, hürte sik denn so an:

„Ok de Klaukheit stammt von Gott, de denn Minschen gesunde Knaaken, Ogen, Uhn, Vernunft und all sien Sinn ´ gäwen hett. Un so is denn ok dat Geld, wecker dat Schlott hier kosten deiht, nich hüt ierst verdeint worn, sonnern keem mit Gottes Sägen von ´n Urgrotvadder, Grotvadder un Vadder ut dat Geschlecht de von Hahn.“

Ik höll up tau läsen un keek Opa niepern an. Un hei wier woll taufräden, denn beti-

telte mi as „klauken Bengel“. Ik har näm- lich genau de Stell ut Plaßen sien Prädigt vörläst, de ok Opa all stutzig makt har. He füng nu an up denn Preister tau schimpfen. Dat Landvolk, wat ehren Seelenscheeper bi de Schlottinweiung tauhürte, kreech nu mal wedder dat sülwe Leed, wat jeden Sünddach von de Kanzel sungen wür. Opa mimte nu denn Paster nah:

„De Herrschaften könn ´ doch ok nicks för ehren Riektum, mit denn se sik hier mal werrer ´n nieget Schlott un woanners ´n Herrenhus bugen laten. Dat is doch so denn leiwen Gott sien ´ Will, as dat ok sien Will is, dat de Dachlöhner von Sün-Up- bit Sün-Unnergang för ´n Hungerlohn maloch- en möten!“

Dor wiert nu ok nich wiet bit tau de nächst Frag, ob dat up Irden denn einen Gott för de Rieken un ein ´ annern för de Armen giff. Oer man fragt sik ok: worüm dat för einen Junker, wi Graf Hahn, so väl Riektum, un för de Herrn ehre Knechts un anner Ge- sinde, de sik för se afrackern deeden, so wenig geef. Taumal dat doch ümmer hei- ten deed, dat Gott alle Minschen glik leiw hett!

Paster Plaß sprök ok von „Verdeinen“ un „Schlagen“ un fünd dat in Ordnung. De Urvadders von dat Hahnengeschlecht „verdeinten“ ehren Riektum as Raubrit- ter, indäm sei bi Fehden annere Ritter un Grundbesitter schlagen un brandschatzt hemm. Dorför wür ´n se denn ok von ehren Lehnherren belohnt.

„Preister und Historiker hemm oewer dis- sen Missbruuk ümmer im Sinn von ehre Herrschaften prädigt un schräwen, so dat ´t ok tau ehren Vördeil reiken deed. Dat wier ok ´ne Ort von Aflaathannel nah dat Motto: Sobald dat Geld in ´n Kasten klingt, dei Seel in ´n Himmel springt!“

Opa har sik nu bannig in Rage rädt un wull sik nich betüuschen. Upgerägt schnuu- bend greep hei nah dat denn Text von Pas- ter Plaß sien Prädigt un stött mit sienem Zeigefinger up einen all markierten Satz:

„Un wat steiht hier,“ frög hei mi, un füng ahn up ´n Antwurd tau täuben an, mi wat

vörtauläsen:

Oewer Gottes Würd sall hier laawt warden: Nich de Juden oer dei Türken ehr Gott, sonnern de Christen ehrer, de Vadder von Herrn Jesu Christi is, de mit ´n Heiligen Geist drei Personen in ein eigen Gottheit, glik ewig und glik herrlich dissen Bu re- gieren und utföhren sall!“ - Nu haalte mien Opa Willem ierst poormal deip Luft un re- sümierde wierer:

„Dit Gedüse kann man sik hunnert mal vörläsen, bit man dat versteiht. - De Pastor glöwte woll ok noch an Götter un nich blot an einen Gott, wiel hei sowoll dat Volk von Juden as ok von de Türken einen eigen Gott andichten deed. Dorbi müsst he dat doch weiten, dat all in de Bibel steiht: Du sasst nich noch anner Götter hemm näbenbi!“

Opa hölt dat nu för moeglich, dat de Ser- rahner Paster een Rassist wier un stellte fast, dat väle Gäuder in Meckelnborg all richtige Nazi-Nester wiern. Em wunnerte dat ok nich, wiel doch sogor de Grother- zog in Schwerin sich as Nazi zeigte. Un he schlött sien düstere Wiesmakungen mit de Faststellung:

„Wenn dat so wierergeiht, ward man as de SA hüt singt, uns „morschen Knaaken“ noch taun zittern bringen, bit alls tausamenföllt. Dit, mit Adolf, nimmt kein gaudes End!“

Wi recht mien Opa Willem doch har. Ick möst ihrst denn Krieg und vier Johr Gefangenschaft dörchmaken, um dat tau begriepen.

Kurt Kaiser

De Eikboom is ein Symbol för uns plattdüütsch Spraak

„De Eikboom“ as hei in dat hier glieknamig Gedicht priest ward, is nich bloots dorüm bi uns Meckelnborg-Vörpomern so beleiw, wiel dat von unsen Heimatdichter Fritz Reuter stammt un giern von uns vördragen un sungen ward. Eikboom is för uns ein Synonym von Heimat un Tohus von de plattdüütsch Spraak, also ein Symbol.

Ik weit einen Eikboom, de steiht an de See;
de Noordstorm de bruust in sien Knäst;
stolt reekt hei sien mächtige Kroon in de Höh;
so is dat al dusend Jahr west.
Kein Minschenhand de hett em plant;
hei reekt sik von Pommern bit Nedderland.

Dor fragt man sik doch: Wat för ´n Boom Fritz Reuter woll meint hett, mit een Kroon so grot un wiet, as von Pommern bit tau ´n Nedderland.

Ik weit einen Eikboom vull Knorrn un vull Knast,
up den fött kein Biel nich un Äxt.
Sien Bork is so ruug, un sien Holt is so fast,
as wier hei mal bannt un behext.
Nix hett em daan, hei ward noch stahn,
wenn wedder mal dusend von Johnn vergahn.

Dor wunnerte sik sülwst de König (Pseudonym för alle Herrscher), dat wedder Biel noch Axt denn Boom faten un ok in dusen Johnn nix daan kann, un förrert Utkunft:

Un de König un siene Fru Königin
un sien Dochter, de gahn an denn Strand.
Wat deit dat för ,n mächtigen Eikboom sien,
de sien Telgen reekt aewer dat Land?
Wer hett em pleegt, wer hett em heegt,
dat hei siene Bläder so lustig röög??

Un as nu de König so Antwuurt begehrt,
tret vör em en jung´ Gesell:
Herr König, Ji hefft Juch jo süs nich drüm scheert,
Jug Fru nich un Juge Mamsell!
Kein vörnehm Lüüd, de hadden Tiet,
tau seihn, ob denn Boom ok sien Recht geschüht.

De Atwuurd giff denn „König“ een „jung Gesell“, womit twiewelsfrie dat Volk - de nah de Revolution von 1848 sich entwickelnde Arbeiterklass in Industrie un Landwirtschaft - meint is:

Un doch gräunt so lustig de Eikboom upstunns;
wi Arbeitslüüd hewwen em wohrt;
de Eikboom, Herr König, de Eikboom is uns,
uns plattdüütsche Spraak is ,t un Oort.
Kein vörnehm Kunst hett s´ uns verhunzt;
fri wussen s´ tau Hööchten ahn Königgunst.

Un nu is woll ok klar, vör wat de Eikboom mit seine Gröt und Dauerhaftigkeit ein Vörbild is:
för uns plattdüütsche Spraak un Oort!
Un wenn taulezt uns Fritz Reuter de Prinzess denn Gesell (de Ar-

beitslüüd) ehre Hand gäwen löt, tau ´n Dank, denn wier dat woll mihr ein Wunsch:

Rasch giff em den König sien Dochter de Hand;
Gott seg´n Di, Gesell, för dien Reed!
Wenn de Stormwind eins bruust dörch dat düütsche Land,
denn weit ik ne sekere Steed:
Wer eigen Oort fri wünn un wohrt,
bi den is in Noot ein tau ,n besten verwohrt.

De „Düütsche Holt“ dorunner de Eik, wür as Metapher un Sehn-suchtslandschaft all Anfang von ´t 19. Jahrhunnert in Riemels, Märchen un Sagen beschräwen un priest. Dorbi wür ok up sagenhafte Ereignisse as de von Tacitus beschräwene „Schlacht im Teutoburger Wald“ orer dat tau ´n Nationalmythos stilisierte „Nibelungenlied“ Betog nahmen.

Ok de Rostocker, de tau Erinnerung an de Reichsgrünnung 1871 an Steindur ein´ Eikboom plannt´ hemm, harn dormit ok denn Wunsch, dat et nie mihr Krieg´ gäwen süll. Leider ist dat nich in-drapen. Hüt erinnert unner de „Friedenseik“ ein Gedenkstein an de Verfolgten un Opfer von ´n Faschismus.

In de Nazi-Ideologie wür de Eikboom as Propagandamotiv up-nahmen, wie dat mit dat Planten von sogenannte „Hitler-Eichen“ passierte. Siet Mai 1933 wier dat ein Ritual, besonders bi de Hitlerjugend, de wi Eiköome in ´n Krieg stahn un as Faschisten in ´n „Totalen Krieg“ kämpen sülln. Millionen hett disse verbräkerische Politik dat Läwen kost.

Hüt müsst man nu eigentlich annähmen, dat kein Minsch hier in Düütschland, noch up de Idee kamen künn, dat öffentliche Plan-ten von ein Eik as Naziritual antauseihn. Un dor frag ick mi, wat in ´n Kopp von jenne Lüüd för sick güng, de sön ´n ´n unschuldig Baby-Eik, de vörig Jahr - an ´n 29. August - in Lichtenhagen bi ein Gedenkveranstaltung för dat Lichtenhäger Asylantenpogrom plant wür, einfach afsaagten.

Ick gloew nich dat de Minschen, de 1992 in Lichtenhagen lie-den mössten, dat planten von ein Eik as n´ Schlag in ´t Gesicht empfun´ hemm, wi dat ein sog. „Arbeitsgruppe Antifaschistischer Fuchsschwanz“ behaupten deed. Un ehr Afsaagen wier ok kein antifaschistische Tat, denn doch woll ihr ´n Schlag gegen alle uprechten Antifaschisten. De Männer un Frugens, de 1945 schworen hemm un ´t ok hüt noch dauhn: „Nie wieder Krieg, nie wieder Antifaschismus“ sünd kein Schläger un ok kein Boehm-Afsaager.

Kurt Kaiser



Vorsicht forschende Frau

Erst Dienstag. 5.30 Uhr. Der Wecker klingelt. Nichts wie raus aus dem Bett und dann ins Badezimmer. Anschließend die 3 Jungen aus dem Bett bürsten und an den Frühstückstisch verfrachten. Hannes (10) möchte noch eine Unterschrift für irgendeinen Schulausflug. Jan (8) kann seine Badehose für den Schwimmunterricht nicht finden. Nach langem Suchen taucht sie überraschenderweise in seinem Schwimmrucksack wieder auf. Mattis (3) bekommt einen Wutanfall, weil er lieber Saft anstelle von Wasser trinken würde. 6.30 Uhr - Alle anziehen! Ins Auto springen und ab zur Kita und in den Hort.

7.30 Uhr Ankunft in einem Forschungsinstitut irgendwo in Deutschland. Schnell den Heizblock anschalten und heizen lassen. Ins Nachbarlabor springen und die Zentrifuge kühlen lassen. Natürlich ganz fix eine Etage höher laufen, um Eis aus der Eismaschine zu holen. Dann folgt das übliche Prozedere: kochen, zentrifugieren und Proben auf ein Gel auftragen, um die Proteine zu analysieren. Gel läuft. Hoch ins Büro, Mails checken. Ein Herr Dr. W. möchte, dass ich seine FTRA-rules prüfe. FTRA was? Schreibe ihm, er solle sich etwas gedulden. Kann jetzt nicht darüber nachdenken was das sein soll. Muss noch das Protokoll der letzten Projektleitersitzung schreiben und über den Verteiler an die Projektpartner verschicken. Jetzt ist die einmalige Gelegenheit einen Schluck Tee zu trinken und in den Apfel zu beißen. Dann schnell ins Labor und die Proteine im Gel auf eine Membran übertragen. Wieder ins Büro. Der Zwischenbericht für den Projektträger der u.a. die Gelder für meine Stelle und meine Forschung bewilligt hat, möchte wissen was ich mit seinem Geld so anstelle. Schließlich bekomme ich von ihm noch für 5 Monate Geld und möchte da-

nach sicher noch ein paar weitere Monate Geld haben, bevor das Wissenschaftszeitvertragsgesetz greift und Schluss ist mit der Forschung an einem öffentlichen Institut/Universität. Habe aber keine Zeit mir Gedanken über meine Zukunft als promovierte Hartz IV Empfängerin zu machen. Füge ein paar bunte Diagramme in den bereits geschriebenen Berichtstext ein. Frage mich ob das überhaupt jemand liest. Überlege ob ich ganz unten ein Bild aus dem Playboy einfügen sollte, nur um dies zu testen. Die Sekretärin schneit herein: Gehaltszettel, flötet sie und verschwindet wieder. Ich reiße den Briefumschlag auf. Mein Blick fällt auf eine Zahl: 1173,62€ Brutto. Ja brutto – nicht netto. Mich beschleicht das Gefühl irgendetwas in meiner Karriereplanung verkehrt gemacht zu haben. Das Gefühl bleibt nicht lange, denn schon muss ich wieder runter ins Labor meine Proben versorgen. Ärgere mich nicht bei CSI zu sein: Probe in irgendein Gerät schieben, Knopf drücken, eine tolle 3-D Computergrafik auf dem Bildschirm bewundern und fertig. Bei mir dauert das länger. Meine Ergebnisse kriege ich spätestens morgen. Wenn dann etwas schief gelaufen ist, ist die Arbeit von mehreren Tagen dahin. Ach Herrje, ganz in Gedanken habe ich die Uhrzeit vergessen. Es ist kurz nach 12 Uhr. Also Proben in den Kühlschrank.

Ab ins Auto, quer durch die Stadt zu meinem 400€ Job mit der unaussprechlichen Bezeichnung Qualitätsmanagementbeauftragte in einer Gemeinschaftspraxis mit operativem Teil. Zwischendurch beim Bäcker irgendein Brötchen holen und schnellstmöglich inhalieren. Ich tippe schnell ein paar Arbeitsanweisungen, ändere das Organigramm, mache eine kurze Hygienebegehung um mich vom ordnungs-

gemäßen Zustand der Praxis zu überzeugen, dann ist es schon nach 16 Uhr.

Wieder ins Auto zur Kita, Kinder abholen und nach Hause. 17.30 Uhr Ankunft in unserem Heim. Zu Hause sieht es nicht besonders gut aus. Schau wieder auf meinen Gehaltszettel: Nein, Putzfrau wird wohl nichts. Das Handy klingelt. Bei meinem Mann dauert es wieder etwas länger. Mattis möchte jetzt Nudeln essen, Jan hat eine 5 im Diktat bekommen, Hannes hat vergessen mir zu sagen, dass er bis morgen einen Stammbaum unserer Familie auf Englisch vorbereiten muss. Ich atme tief durch, koche Nudeln, überwache die Korrektur des Diktats und erkläre auf Englisch wie man mit Power Point einen Stammbaum anfertigen kann. Ha! Zu irgendetwas ist mein Studium doch gut gewesen. Gegen 20 Uhr ist unser Heim immer noch nicht aufgeräumt oder sauber, aber alle Kinder sind in den Zimmern verschwunden. Möchte jetzt auch schlafen! Geht nicht. Muss noch schnell einige spannende wissenschaftliche Artikel (Wissenschaftsjargon: Paper) zum Thema Modulation von Signaltransduktionskaskaden lesen. Mache einen Fehler und setze mich dabei auf die Couch. Schlafe ein. Gegen 21.30 Uhr weckt mich mein Mann und fragt ob es im Bett nicht bequemer wäre. Nicke und schlurfe ins Bett. Murmele an meinen Mann gewandt, dass ich ohne mir das Schlafen und Essen abzugewöhnen nicht einmal einen drittklassigen Forscherpreis gewinnen würde oder die Kinder bis zum Abitur führen könnte. Falle ins Koma. Erst Mittwoch. 5.30 Uhr. Der Wecker klingelt.

Die Autorin (Mitglied der Linkspartei) möchte anonym bleiben.

Aus dem Landtag

Landkreise und kreisfreie Städte bei der dezentralen Unterbringung von Ausländern unterstützen! Das fordert Hikmat al-Sabty: „Mit der Ablehnung unseres Antrages, die Landkreise und kreisfreien Städte bei der dezentralen Unterbringung von Ausländerinnen und Ausländern zu unterstützen, wird erneut deutlich, dass es den Koalitionären nicht um die Menschen geht, nicht um bestmögliche Lösungen und nicht um ein konstruktives Miteinander. Es ist zu begrüßen, dass in Mecklenburg-Vorpommern nun endlich dazu übergegangen wird, verstärkt dezentral unterzubringen. Das fordern wir seit Jahren, allerdings liegen der Einsicht der Landesregierung eher pragmatische Gründe wie erreichte Kapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften zugrunde. Eine eher untergeordnete Rolle spielt, dass es den

Menschen, die dezentral untergebracht sind, besser geht, wenn sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Damit die dezentrale Unterbringung gelingen kann, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Grundlegend ist die Anbindung an funktionierende Infrastruktur, eine umfassende soziale Beratung und Betreuung, eine gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen sowie eine Öffentlichkeitsarbeit, die ein positives Bild von Zuwanderung zeichnet. Dies haben wir mit unserem Antrag gefordert. Die Ablehnung durch die Koalitionsfraktionen dokumentiert die Weigerung, den Zuwandererinnen und Zuwanderern die Einbindung in die Gesellschaft zu ermöglichen und die Kommunen zu unterstützen.“

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 4.11.	18:00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende Bereich Bad Doberan mit Björn Griese	Reinshagen	
Dienstag, 5.11.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes	Röstock	Stephansstraße 17
Mittwoch, 6.11.	18:00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende Bereich Güstrow mit Wolfgang Methling	Güstrow	Bürgerhaus
Donnerstag, 7.11.	17:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbands Röstock zur Wahl der Delegierten zum nächsten Bundesparteitag und zur Verleidenversammlung zur Aufstellung der Liste zur Europawahl	Röstock-Lichtenhagen	Gaststätte Nordlicht (barrierefrei)
Donnerstag, 7.11.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreislagefraktion	Güstrow	Kreishaus
Freitag, 8.11.	12-14 Uhr	Infosstand zur Kommunalwahl	Bad Doberan	Alexandinerplatz
Freitag, 8.11.	18:30 Uhr	2. Preislat-Turnier der Linken	Röstock	Charismatreff Fischerstraße 1
Montag, 11.11.	15:00 Uhr	Vortrag Axel Troost zur Finanzpolitik	Röstock	Volksolidarität Bremer Str. 24
Montag, 11.11.	17:00 Uhr	Ideensammlung Kommunalwahlprogramm (siehe S. 10)	Röstock	Stephansstraße 17
Montag, 11.11.	18:18 Uhr	Friedensdekade-Abend des Bad Doberaner Aktionsbündnisses	Bad Doberan	Münster
Dienstag, 12.11.	18:30 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes LRO	Kritzow	
Samstag, 16.11.	08:00 Uhr	1. Tagung des 2. Kreisparteitages Landkreis Röstock	Güstrow	Bürgerhaus
Sonntag, 17.11.		Wahl der Stadtverwaltung Bad Doberan		
Dienstag, 19.11.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes	Röstock	Stephansstraße 17
Mittwoch, 20.11.	17:00 Uhr	Delegiertenberatung zum Landesparteitag	Röstock	Stephansstraße 17
Donnerstag, 21.11.	15:00 Uhr	RotFuchs: Marianne Linke spricht zum Thema Regierungsbeteiligung	Röstock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
23./24.11.		Landesparteitag	Greifswald	
Dienstag, 26.11.	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Röstock	Stephansstraße 17
Donnerstag, 28.11.	17:00 Uhr	Ideensammlung Kommunalwahlprogramm (siehe S. 10) 2. Teil	Röstock	Stephansstraße 17
Dienstag, 3.12.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes	Röstock	Stephansstraße 17
Donnerstag, 12.12.	14:30 Uhr	Mitgliederversammlung Evershagen; Rosi Schichold spricht zum Kampf fortschrittlicher Kräfte in Lateinamerika	Röstock	Maxim-Gorki-Str. 52

Sprechstunde Regine Lück

Im Herbst führt Regine Lück in ihrem Wahlkreis wieder Bürgersprechstunden durch:

- * Am Montag, den 04.11.2013 von 10 bis 12 Uhr im Wahlkreisbüro Stephanstraße 17
- * Am Montag, den 18.11.2013 von 15 bis 17 Uhr bei der „Tafel“-Ausgabe in Toitenwinkel, SBZ, Am Lebensbaum 16
- * Am Montag, 16.12.13, von 10 bis 12 Uhr - Weihnachtliches Frühstück, Arbeitslosentreff, Winkeltreff Nordost, Lorenzstraße 66 (angefragt)

Als Ansprechpartnerin für Wohnungs- und Baupolitik steht Regine Lück für Fragen zu Stadtentwicklung, Mieterhöhung und Mietrecht sowie zu Armut, Arbeitslosigkeit und Mindestlohn bereit. Bürgerinnen und Bürger sowie Genossinnen und Genossen sind eingeladen, sich mit ihren Fragen, Anliegen und Hinweisen an Regine Lück zu wenden.

Kurze Info zur vergangenen Sitzung des Parteivorstandes

Die Beratung des Parteivorstandes vom 18.-20. Oktober begann unter Anwesenheit vieler Gäste, darunter vieler Hinterbliebener, mit einer ausführlichen Diskussion über das unter Stalin begangene Unrecht an Kommunist_innen und Antifaschist_innen, die aus Nazi-Deutschland in die Sowjetunion gingen. Die Mitglieder des Parteivorstandes waren sich darin einig, dass das Gedenken an die in der Sowjetunion in den Jahren des großen Terrors verschleppten und ermordeten Menschen dringend eines Symbols bedarf. DIE LINKE steht in der Verantwortung, sich mit dem begangenen Unrecht auseinanderzusetzen. Am Ende der Diskussion wurde beschlossen, am Karl-Liebknecht-Haus eine Gedenktafel anzubringen, mit der der Opfer gedacht wird; gleichzeitig soll eine dauerhafte Ausstellung an Genossinnen und Genossen erinnern, die im Karl-Liebknecht-Haus gearbeitet haben, darunter auch wichtige Persönlichkeiten, die in der Sowjetunion ermordet wurden.

Der Parteivorstand begrüßte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die Beobachtung von Bodo Ramelow durch den Verfassungsschutz, auch wenn das Urteil bei genauerer Betrachtung kein Durchbruch ist. Denn weder wird die Beobachtung von Abgeordneten gänzlich ausgeschlossen noch die Beobachtung von Mitgliedern unserer Partei. Sehr besorgt zeigte sich der Parteivorstand über die Situation der Flüchtlinge vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Von unseren Bundestagsabgeordneten und aus der Berliner Parteiorganisation gab es zwar engagierte praktische Hilfe, aber ein Ende des Hunger- und Durststreikes war abhängig davon, dass sich Vertreter_innen der künftigen Regierung dort blicken lassen. Das war nun im allerletzten Moment der Fall. Es ist dringend eine politische Lösung auf europäischer Ebene nötig und mehr Solidarität aus der Bevölkerung, wie das Beispiel Hamburg zeigt.

Der Parteivorstand befasste sich ausführlich mit der Auswertung des Bundestagswahlkampfes, die vom Bundestagswahlkampfleiter vorgelegt worden war. Gemeinsam wurde eingeschätzt, dass der Grundansatz und die Ausgestaltung der Kampagne zur Bundestagswahl sehr erfolgreich waren. Auch die überwiegend positiven Rückmeldungen aus den Landesverbänden bestärken dieses Fazit.

Der SDS Rostock auf dem Campustag 2013



Insbesondere die uns zur Verfügung gestellte Zuckerwattemaschine traf überall auf große Begeisterung. In vielen persönlichen Gesprächen konnten wir aber auch mit den Studenten über unsere inhaltlichen Arbeiten und Forderungen sprechen, wie eine ordentliche Ausfinanzierung der Bildung, die Einführung eines elternunabhängigen und erhöhten Baßfögs oder nach mehr Transparenz in studentischen Gremien.

Zu Beginn eines neuen Semesters hat man es als Student oder Ersti oft nicht leicht. Vieles ist neu und unbekannt, egal ob Studienabläufe, die ausgewählte Stadt oder die Mitstudenten.

Da kommt nicht nur eine große und bunte Orientierungsveranstaltung den neuen Studenten gerade recht, sondern auch ein „**DU bist nicht allein!**“ von uns vom SDS. Der Asta hatte zum Campustag der Uni Rostock in die Ulmenstraße geladen. Zusammen mit uns, dem Die Linke.SDS, waren viele Akteure aus der Hansestadt anwesend. Dazu zählten unter anderem die WIRO, das Lokalradio Iohro, Hansa Rostock und andere politische Hochschulgruppen. Unser Stand wurde rege angelaufen. Nicht nur unsere 300 gepackten Informationstüten, in denen sich neben einem Vorstellungsflyer auch die ein oder andere für den Studienalltag praktische Überraschung befand, fanden großen Anklang unter den Studierenden und sogar Dozenten, und waren nach kurzer Zeit bereits vergriffen. Ein wahrer Hingucker waren auch unsere **DU bist nicht allein!**-Plakate.

Am Ende des Campustages standen so nicht nur einige SDS-Neubeitritte und die Erhöhung des Bekanntheitsgrades des SDS an der Universität Rostock. Vielmehr konnte man vielen Erstsemestlern, aber auch „alten Uni-Hasen“ beim Start ins neue Semester hilfreich bei der Orientierung in ihrer Unistadt zur Seite stehen und auch den ein oder anderen neuen, zwischenmenschlichen Kontakt etablieren.

An dieser Stelle möchten wir uns vom SDS nochmals bei allen aus dem Kreisverband und -vorstand für all ihre Unterstützung und Hilfe bedanken, insbesondere bei Hikmat Al-Sabty und Kristin Schröder, Wolfgang Methling, Steffen Bockhahn, Eva-Maria Kröger und Jörn Schulz.

Vielen Dank!

Marcel Eggert



Up un Dal



Gewinner: Die Reichen in Deutschland können aufatmen. Keine Steuererhöhungen!

Verlierer: Angela Merkel wird vom amerikanischen Geheimdienst abgehört. Da ist das Schoßhündchen von Barack Obama zu Recht empört, denn sie hatte noch nie Geheimnisse vor den Amerikanern.

Monatszitat

„Wir haben unser selbstbewusstes Gefühl als Ostdeutsche, die einen großen Teil der Partei bilden, in den letzten Jahren ein bisschen vermissen lassen. Es wurde Zeit, das wieder deutlicher nach außen zu tragen.“ LINKE-Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn über den Bundestagswahlkampf

Monatszahl

51,1 Jahre: So alt ist unsere Bundestagsfraktion im Durchschnitt. Damit stellt DIE LINKE die älteste Fraktion.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welcher ehemalige Ministerpräsident war in Lütten-Klein zu Gast?
2. Wer ist der Autor des Buches „10 Rostocker Ströper“?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 30.11.2013